

Liebe Leserinnen und Leser,

eine weitere Sitzungswoche in Berlin liegt hinter uns und es wurden wieder viele bundespolitische Themen debattiert und auch verabschiedet. So stand u.a. die Verabschiedung des Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags im Plenum an. Weitere Themenfelder umfassten die Verdoppelung der Soforthilfe für Flüchtlinge, gute ärztliche Versorgung und menschenwürdige Pflege sowie das UNESCO-Weltkulturerbe dauerhaft sicher.



Mehr Unterstützung für Familien und Alleinerziehende

Über 1,6 Mio. Mütter oder Väter kümmern sich in Deutschland allein um ihre minderjährigen Kinder und schultern ohne Partner oder Partnerin die Doppelbelastung durch Erziehung und

Einkommenserwerb. Alleinerziehende sind dringender als andere auf die zeitliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf eine gute Infrastruktur für Betreuung und finanzielle Unterstützung angewiesen. Im Steuerrecht sind sie aber nach wie vor benachteiligt. Deshalb ist es ein wichtiger Erfolg, dass die SPD sich durchgesetzt hat: Der steuerliche Freibetrag für Alleinerziehende wird nach über zehn Jahren endlich erhöht.

Die finanzielle Unterstützung von Familien muss dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht wird: bei Familien mit mittlerem und niedrigem Einkommen und Alleinerziehenden. Deren Entlastung darf nicht hinter der von hohen Familieneinkommen zurückbleiben. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass im Zuge der verfassungsrechtlich notwendigen Anhebung der steuerlichen Kinderfreibeträge für hohe Einkommen auch das Kindergeld und der Kinderzuschlag steigen, die Familien mit schwächerem und mittlerem Einkommen zu Gute kommen.

Mit dem geplanten Gesetz sollen der steuerliche Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag für 2015 und 2016 entsprechend den Vorgaben des 10. Existenzminimumberichts angehoben werden.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Diese Anpassung stellt das Existenzminimum steuerfrei und ist verfassungsrechtlich geboten. Damit die Förderung bei den Familien ankommt, die nicht vom steuerlichen Kinderfreibetrag profitieren, haben wir durchgesetzt, dass das Kindergeld in gleichem Verhältnis angehoben wird.

Das Kindergeld soll rückwirkend ab dem 1. Januar 2015 um vier Euro pro Monat und ab 1. Januar 2016 um weitere zwei Euro pro Monat steigen. Außerdem wird der Kinderzuschlag ab dem 1. Juli 2016 um 20 Euro pro Monat angehoben. Ein großer Erfolg für Million von Alleinerziehenden ist, dass auch der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehenden auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion nach zehn Jahren endlich um 600 auf 1908 Euro erhöht werden soll.

Mit dem Gesetz soll zudem eine Rechtsverschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer um 1,48 Prozent erfolgen, um den Effekt der sogenannten „Kalten Progression“ abzumildern.

Flüchtlinge: Bund verdoppelt Soforthilfen für Länder und Kommunen

Bund, Länder und Kommunen – alle staatlichen Ebenen tragen Verantwortung dafür, dass Flüchtlinge, die in unser Land kommen, anständig

versorgt und betreut werden. Der Bund wird seine pauschale Soforthilfe daher noch in diesem Jahr auf 1 Mrd. Euro verdoppeln. Ein wichtiger Schritt, um Länder und Kommunen stärker bei der Bewältigung der wachsenden Zahl von Flüchtlingen zu unterstützen. Wichtiger noch: Ab 2016 wird sich der Bund dann strukturell und dauerhaft an den Kosten für Flüchtlinge beteiligen. Über welchen Weg dies konkret umgesetzt wird, darüber werden sich Bund, Länder und Kommunen bis zum Herbst verständigen.



Bund und Länder haben darüber hinaus vereinbart, dass künftig deutlicher unterschieden wird zwischen denen, die Schutz brauchen, und denen, die keine Bleibeperspektive haben. Schnellere Verfahren entlasten Länder und Kommunen und sorgen dafür, dass weniger Menschen mit falschen Hoffnungen ihre Heimat verlassen. Denjenigen, die bleiben, wollen wir helfen, in unserem Land Fuß zu fassen.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Sie müssen die Chance haben, rasch die Sprache zu erlernen, eine reguläre Beschäftigung aufzunehmen oder eine Ausbildung zu beginnen.

Internationalen Jugend- und Schüleraustausch stärken

Die internationale Jugendarbeit hat das Ziel, gegenseitiges Verständnis junger Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturkreisen zu fördern, Toleranz zu stärken, Vertrauen zu schaffen und ein positives Deutschlandbild zu vermitteln. Internationaler Jugend- und Schüleraustausch eröffnet jungen Menschen neue Horizonte. Jugendliche, die nach Deutschland kommen, entwickeln ein tiefes Verständnis für das Gastland.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung in einem gemeinsamen Antrag mit CDU/CSU u. a. dazu auf, den internationalen Jugend- und Schüleraustausch als Bestandteil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zu stärken und dabei auch junge Berufstätige für längerfristige Auslandsaufenthalte zu gewinnen. Auch sollen bestehende Programme des Jugend- und Schüleraustauschs stärker als bisher miteinander

vernetzt werden, um Synergieeffekte in Verwaltung und Struktur besser nutzen zu können.

Gute ärztliche Versorgung und menschenwürdige Pflege

Eine gute ärztliche Versorgung darf keine Frage des Wohnorts oder des Einkommens sein. Letzte Woche haben wir deshalb im Deutschen Bundestag ein Bündel von Maßnahmen beschlossen, damit sich Ärzte auch in ländlichen oder strukturschwachen Gebieten niederlassen. Gesetzlich Versicherte sollen schneller als bisher einen Termin bei einem Facharzt bekommen. Zudem stärken wir mit dem Präventionsgesetz die Gesundheitsvorsorge in Kitas, Schulen, Pflegeheimen oder am Arbeitsplatz – um Krankheiten zu verhindern, bevor sie entstehen.

In ihrer letzten Lebensphase wollen die Menschen gut gepflegt und wenn möglich in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. In einem ersten Schritt haben wir deshalb bereits die Leistungen in der häuslichen Pflege und in den Pflegeheimen ausgebaut.



Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Besonders wichtig ist es, Sterbenden ein Lebensende in Würde und weitestgehend ohne Schmerzen zu ermöglichen.

Wir beraten deshalb in dieser Woche einen Gesetzentwurf, der die palliativmedizinische Versorgung sowohl in Hospizen als auch bei ambulanter und stationärer Betreuung verbessern soll.

Denn die Menschen in unserem Land sollen überall gut versorgt sterben können. Künftig sollen Krankenkassen bei stationären Hospizen für Erwachsene 95 Prozent der Kosten übernehmen. Bisher sind es nur 90 Prozent. Bei Kinderhospizen zahlt die gesetzliche Krankenkasse bereits heute 95 Prozent. Bei der ambulanten Hospizarbeit sollen neben Personal nun auch Sachkosten berücksichtigt werden. Ärztinnen und Ärzten werden künftig eine größere Anzahl palliativmedizinischer Leistungen vergütet. Ärzte sollen stärker in die ambulante Palliativversorgung eingebunden werden, um die Übergänge von allgemeiner und spezialisierter ambulanter Palliativversorgung weiter zu verbessern. Außerdem haben gesetzlich Versicherte künftig einen Anspruch darauf, umfassend von ihrer Krankenkasse über bestehende Palliativ- und Hospizleistungen beraten zu werden. Sie sollen gut informiert

darüber entscheiden können, wie sie in ihrer letzten Lebensphase versorgt werden wollen.



KFOR-Mandat im Kosovo fortsetzen

Die Bundesregierung will die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) ein weiteres Jahr fortsetzen. KFOR sichert seit 1999 die Friedensregelung für Kosovo militärisch. Die Lage in der Republik Kosovo ist grundsätzlich ruhig und stabil, allerdings bleibt das Konflikt- und Eskalationspotenzial im kosovo-serbisch dominierten Norden des Landes weiterhin erheblich. Ein neues Konzept des NATO-Rats ermöglicht eine Anpassung der Truppenstärke, die flexibel an die Sicherheitslage angepasst werden kann. Die Personalobergrenze für die deutsche Beteiligung an KFOR bleibt zunächst unverändert

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

bei 1.850. Für das kommende Jahr wird eine Truppenreduzierung angestrebt.

UNIFIL-Mandat im Libanon fortsetzen

Die Bundesregierung will die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) um ein Jahr verlängern. Die Sicherheit im Libanon wird weiterhin bedroht durch den Syrienkonflikt und die unverändert anhaltenden Flüchtlingsströme nach Libanon, durch die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in der Region sowie auch durch die gegen die libanesischen Sicherheitskräfte gerichteten terroristischen Anschläge. UNIFIL leistet hier einen wichtigen Beitrag zur Konfliktdeeskalation und zur Stabilisierung. Das deutsche UNIFIL-Mandat umfasst weiterhin die Sicherung der seeseitigen Grenzen und die Unterstützung der libanesischen Streitkräfte beim Aufbau von maritimen Fähigkeiten zur Kontrolle der Küstengewässer. Die personelle Obergrenze des Mandats bleibt bei 300 Soldatinnen und Soldaten.

UNESCO-Weltkulturerbe dauerhaft sichern

2016 jährt sich der Beitritt Deutschlands zum UNESCO-Übereinkommen zum vierzigsten Mal. In zahlreichen Staaten sind Weltkulturerbestätten durch Krisen und Naturkatastrophen akut bedroht.

Die internationale Gemeinschaft ist in der Pflicht, den betroffenen Nationen bei der Bewahrung ihres antiken Erbes zu helfen. Unter dem Vorsitz Deutschlands tagt vom 28. Juni bis zum 7. Juli 2015 das UNESCO-Welterbekomitee in Bonn.



Als Gastgeber kann sich Deutschland als verlässlicher Partner erweisen und besondere Akzente setzen. Deshalb fordern wir in dem gemeinsamen Antrag mit CDU/CSU die Bundesregierung u. a. dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass die UNESCO-Welterbekonvention ein glaubwürdiges und effektives Instrument zum Schutz des Weltkulturerbes bleibt. Außerdem soll die internationale Zusammenarbeit zum Erhalt bedeutenden kulturellen Erbes fortgesetzt und vertieft sowie die Deutsche UNESCO-Kommission in ihrer Beratungs-, Informations-

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

und Bildungsfunktion für das UNESCO-Welterbe in Deutschland unterstützt werden.

Bund beteiligt sich mit 280.000 Euro an der Sanierung der Burg Hülshoff in Havixbeck

Am Mittwoch wurden im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags Mittel für den Denkmalschutz freigegeben. Wegen der Vielzahl von Bewerbungen bundesweit, konnte nur ein Teil der Anträge positiv beschieden werden.

Umso mehr freut es mich, dass die Burg Hülshoff in Havixbeck mit insgesamt 280.000 Euro von Mitteln des Denkmalschutz-Sonderprogramms profitiert. „Ich habe die Annette von Droste zu Hülshoff-Stiftung heute darüber informiert, dass sie als eines von 124 Denkmalschutzprojekten gefördert wird. Die Mittel aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm in Höhe von 280.000 Euro werden sicherlich einen wichtigen Beitrag dabei leisten, die Burg Hülshoff in Havixbeck dauerhaft für die Öffentlichkeit zu erhalten und als Kulturort auszubauen.

Nach einem intensiven Auswahlverfahren hat das Bundeskanzleramt dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags eine Liste von Projekten vorgelegt, die im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramm V (2. Tranche) vom Bund gefördert werden sollen. Mit diesem Programm

beteiligt sich der Bund seit Jahren an der Sanierung von national bedeutsamen Denkmälern in ganz Deutschland. Der Haushaltsausschuss hat daraufhin die insgesamt 20,8 Millionen Euro Bundesmittel für den Denkmalschutz freigegeben. Somit können nun bundesweit 124 Denkmalschutzprojekte gefördert werden.



Ich wünsche ein schönes Wochenende

Ihr

